

## Anlage zur Vorlage 20/2015

### Geschichtspfad zum Nationalsozialismus in Tübingen Standorte/Themen der Stelen (aktualisierter Stand Dezember 2014)

1. **Gartenstraße 33/Denkmal Synagogenplatz**  
Einführung in zentralen Gedenkort Denkmal Synagogenplatz
2. **Uhlandstraße 15**  
Familie Hayum: Kampf für die Demokratie und Wohltätigkeit
3. **Ecke Uhlandstraße/Karlstraße**  
Modehaus Zinser - Gasthof Ochsen: Antisemitismus in der Weimarer Republik  
Albert Weil und der Aufschwung der Tübinger Chronik
4. **Silcherdenkmal**  
NS-Kunst im öffentlichen Raum, Vereinnahmung der Künste
5. **Bursagasse 16**  
Tübinger Täter des Holocaust: Theodor Dannecker, Walter Stahlecker
6. **Münzgasse 13**  
Sitz der Tübinger Polizei und Gestapo: Verfolgung und Terror gegen politische Gegner,  
Deportation der Juden
7. **Holzmarkt/Neue Straße 1**  
Modegeschäft Oppenheim & Schäfer: „Arisierung“ am Beispiel des jüdischen Textilhandels
8. **Rathaus/Marktplatz**  
Machtübernahme und Zerstörung der kommunalen Demokratie
9. **Schloss**  
Wissenschaft und Verbrechen im Nationalsozialismus: Rassenbiologisches Institut, Institut für Volkskunde
10. **Neue Aula**  
Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus

- 11. Nervenlinik**  
Universitätskliniken: Medizin/Eugenik/Zwangssterilisation und Zwangsarbeit
  
- 12. Güterbahnhof**  
Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen
  
- 13. Thiepvalkaserne/Schellingstraße 2**  
Die Wehrmacht in Tübingen: Militarisierung und Kriegsvorbereitung
  
- 14. Jugendherberge**  
Sitz der Hitlerjugend: Erziehung im Sinne der NS-Ideologie
  
- 15. Wilhelmstraße 24/ehemalige Kreisleitung**  
Die NSDAP-Kreisleitung: Machtzentrale in Tübingen
  
- 16. Kino Löwen/Kornhausstraße**  
Unterstadt, Arbeiterschaft und Widerstand

Diese Liste stellt keine feste Reihenfolge dar; die Auswahl ist offen, flexibel handhabbar und bietet in langfristiger Perspektive auch die Möglichkeit der Erweiterung/Ergänzung.

## **Stele 1: Gartenstraße 33**

### **Denkmal Synagogenplatz**

**Auf dem Grundstück des heutigen Wohnhauses in der Gartenstraße 33 stand die Synagoge der Jüdischen Gemeinde. Sie wurde 1882 erbaut und am 9. November 1938 in der Reichspogromnacht von Tübinger Nationalsozialisten verwüstet und in Brand gesetzt.**

Der Synagogenplatz ist heute der zentrale Ort, der über die Geschichte der Tübinger Juden informiert, und ein Gedenkort für die vertriebenen und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Seit Anfang der 1990er Jahre findet dort jeweils am 9. November eine Gedenkveranstaltung statt.

Auf der rechten Seite des Grundstücks erinnert das Denkmal Synagogenplatz an die jüdische Geschichte Tübingens. Es wurde im Jahr 2000 errichtet. Künstlerische Elemente des Denkmals sind ein Stahlkubus mit 101 ausgestanzten Stahlquadraten für die Anzahl der 1933 in Tübingen lebenden Jüdinnen und Juden, eine Wasserrinne und drei Tafeln mit den Namen der ermordeten und geflohenen Tübinger Juden sowie eine große Stele mit Texttafeln, die über die Gründung, Entwicklung und Zerstörung der Jüdischen Gemeinde informieren. Ein weiterer Text „Ortsgeschichte 1938–2000“ hinter dem Stahlkubus beschreibt den schwierigen Umgang mit dem Synagogengrundstück nach 1945.

Auf der linken Seite befinden sich in der Tiefgarage des Wohnhauses der originale Aufgang zur Synagoge, der schmiedeeiserne Gartenzaun und die Fundamentreste. Seit 2012 weist eine Tafel auf diese Spuren der früheren Synagoge hin.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Grundrissplan aller Elemente und Teile von Grundstück und Umgebung.

Das Denkmal Synagogenplatz ist die erste Station des Geschichtspfades zum Nationalsozialismus, die weiteren Stationen können in beliebiger Reihenfolge aufgesucht werden.

#### **Abb. 2**

Übersichtsplan Geschichtspfad zum Nationalsozialismus

## **Stele 2: Uhlandstraße 15**

### **Familie Hayum**

#### **Engagement für Demokratie und Wohlfahrt**

**Simon Hayum (1867–1948) lebte mit seiner Frau Hermine und fünf Kindern seit 1905 in der Uhlandstraße 15. Dort betrieb der Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker die größte Anwaltskanzlei in Tübingen. Hermine Hayum (1875–1967) arbeitete ehrenamtlich in der Wohlfahrtspflege. Die Hayums stehen für eine Generation jüdischer Bürger, deren Existenz im nationalsozialistischen Deutschland zerstört wurde.**

Simon Hayum stammte aus einfachen Verhältnissen des Landjudentums. Nach erfolgreichem sozialem Aufstieg engagierte sich der promovierte Jurist in der Zeit des Kaiserreichs in der linksliberalen Volkspartei. Von 1908 bis 1912 war er Vorsitzender des Tübinger Bürgerausschusses, in den 1920er Jahren Stadtrat der Deutschen Demokratischen Partei und seit 1928 deren Fraktionsvorsitzender. Im Gemeinderat vertrat Hayum eine bürgernahe Sachpolitik. Den drohenden Angriffen im Gemeinderat im Zuge der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ entzog er sich Ende März 1933 durch seinen Rücktritt.

Am 1. April 1933 hinderten SA-Männer Klienten am Zugang zur Rechtsanwaltskanzlei, ein schleichender Boykott folgte. Auf der Straße wurde der zuvor angesehene Rechtsanwalt und ehemalige Kommunalpolitiker weitgehend ignoriert. Simon und Hermine Hayum mieden Konzert-, Restaurant- und Theaterbesuche, um Beleidigungen aus dem Weg zu gehen. Nach dem Pogrom am 9. November 1938 bereitete das Ehepaar die Flucht zu den Kindern in die USA vor, die bereits früher ausgewandert waren. Zuvor mussten sie ihr Haus in der Uhlandstraße unter Wert an die Stadt Tübingen verkaufen. Simon Hayum starb 1948 in Cleveland (Ohio) und Hermine Hayum 1967 in Newark (New Jersey).

#### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

##### **Abb. 1**

Simon Hayum (zweiter von links) in den "bürgerlichen Kollegien" (Bürgerausschuss und Gemeinderat) im Rathaus 1909.

##### **Abb. 2**

Hermine Hayum (hier im Garten mit Simon Hayum, 1938) engagierte sich auch wegen ihres jüdischen Glaubens in der Wohlfahrtspflege. Unter den Armen und Obdachlosen war das Hayum'sche Haus eine wohlbekannte Adresse. Während des Winters wurde beispielsweise zweimal in der Woche im Bügelzimmer eine Suppenküche eingerichtet. Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 war die Wohltätigkeit von Juden unerwünscht.

##### **Abb. 3**

Briefkopf der Rechtsanwaltskanzlei und Foto von Heinz Hayum. Der Neffe von Simon Hayum, Julius Katz, wurde 1913 Mitinhaber von dessen Anwaltskanzlei. Seit 1929 gehörte ihr auch der Sohn Heinz Hayum an. 1934 erhielt der Seniorchef Simon Hayum vom Württembergischen

Innenministerium Berufsverbot. 1935 musste die Kanzlei, die sein Sohn und sein Neffe zunächst weiterführen durften, infolge des Boykotts geschlossen werden.

### **(Doppel-) Stele 3: Ecke Karlsstraße/Uhlandstraße** **Vorderseite**

#### **Hetze, Beleidigung, Gewalt** **Antisemitismus vor 1933**

**Dort, wo sich heute das Modehaus Zinser befindet, stand bis in die Nachkriegszeit der Gasthof Ochsen. Der beliebte Treffpunkt war in der Weimarer Republik ein Schauplatz antisemitischer Ausschreitungen. Nach der Kriegsniederlage und der demokratischen Revolution 1918/1919 breitete sich der Antisemitismus in Tübingen immer stärker aus.**

Im Januar 1923 schlugen Verbindungsstudenten vor dem Gasthof „Ochsen“ den jüdischen Holzhändler Ludwig Marx zusammen. Wenige Tage später bedrohten Studenten den Schwager des jüdischen Verlegers Albert Weil, Carl Hugo Dahl - Ausdruck des politischen Klimas in der Universitätsstadt. Die große Mehrheit der Studierenden und Professoren sowie Teile des Mittelstands und der Beamten waren nationalistisch, antidemokratisch und antisemitisch gesinnt. Jüdische Wissenschaftler wurden von der Universität möglichst ferngehalten. Prominente Professoren äußerten sich jüdenfeindlich. Fast alle Studentenverbindungen hatten den „Arierparagraphen“ eingeführt, d.h. sie nahmen keine Juden auf. Rechtsextreme Studenten versuchten 1925 gewaltsam, einen Vortrag des jüdischen Pazifisten Emil Julius Gumbel zu verhindern. Schüler des Uhlandgymnasiums beschimpften die Rechtsanwälte Simon und Heinz Hayum und bedrohten die Söhne des jüdischen Vorsängers Josef Wochenmark. 1928 wurde die Synagoge durch Steinwürfe erstmals beschädigt. Antisemitische Parteien und Verbände sowie das universitäre Milieu waren in Tübingen Wegbereiter des Nationalsozialismus.

#### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

##### **Abb. 1**

Nach einer nationalistischen Kundgebung im Januar 1923 attackierten Verbindungsstudenten im Gasthof Ochsen die beiden jüdischen Holzhändler Lothar und Ludwig Marx. Ludwig Marx wurde von 50 Studenten schwer misshandelt. Die Rädelsführer wurden vom Amtsgericht Tübingen und dem Disziplinarausschuss der Universität nur zu milden Strafen verurteilt.

##### **Abb. 2**

Diese populäre antisemitische Postkarte mit dem Motiv des deutschen Michelreiters wurde 1919 aus Tübingen nach München versandt. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Alldeutsche Verband, die deutschnationale Bürgerpartei, der Hochschulring Deutscher Art und die Nationalsozialisten hetzten gegen die Juden und die als „Judenrepublik“ bekämpfte Weimarer Demokratie.

**(Doppel-) Stele 3: Ecke Karlsstraße/Uhlandstraße**  
**Rückseite**

**Familie Weil/Tübinger Chronik**

**Albert Weil – innovativer Verleger der Tübinger Chronik**

**In dem stattlichen Gebäude Uhlandstraße 2 befindet sich heute die Redaktion des Schwäbischen Tagblatts. Die Vorgängerzeitung Tübinger Chronik gehörte von 1903 bis 1930 dem jüdischen Verleger Albert Weil (1862–1946). Unter seiner Leitung entwickelte sich das Blatt zu einer modernen und auflagenstarken Tageszeitung.**

Albert Weil und sein Bruder Sigmund kamen 1903 aus Ellwangen nach Tübingen und kauften die „Tübinger Chronik“. Sie investierten in neue Satz- und Druckmaschinen und bauten 1905 in der Uhlandstraße 2 das neue Verlagsgebäude. Dort wohnte auch die achtköpfige Familie von Albert Weil. Sein Bruder Sigmund verließ den Verlag 1914. Albert Weils publizistisches Ziel war es, die journalistische Qualität zu verbessern und aktuelle politische Ereignisse so schnell wie möglich in sein Blatt zu bringen.

Schon Mitte der 1920er Jahre sah sich Albert Weil antisemitischen Angriffen ausgesetzt. So wurde er auf der Straße von Verbindungsstudenten angepöbelt und von der nationalsozialistischen „Tübinger Zeitung“ immer wieder diffamiert. Erschöpft und gesundheitlich angegriffen, verkaufte er Ende 1930 seine Zeitung an den Ulmer Verleger Karl Höhn und emigrierte in die Schweiz. Sein Sohn Hermann Weil (1903–1973) erhielt einen Zehnjahresvertrag als Geschäftsführer. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, wurde er jedoch als Jude sofort aus der Geschäftsleitung entlassen. Er fand mit seiner Familie Zuflucht im heutigen Tansania und betrieb dort eine Farm.

**Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

**Abb. 1**

Das Gebäude der Tübinger Chronik in der Ära Albert Weil.

**Abb. 2**

Frida und Albert Weil. Sie emigrierten 1931 in die Schweiz und starben dort 1942 bzw. 1946 in einem Altersheim

**Abb. 3**

Die „Tübinger Chronik“ berichtete ausführlich über die Ermordung des jüdischen Außenministers Walther Rathenau durch Rechtsradikale am 24. Juni 1922

**Abb. 4**

Albert Weil an seinem 70. Geburtstag am 22. Januar 1932 in der Schweiz mit Frida Weil, drei Töchtern und einem Enkelkind. Die Töchter und ihre Familien konnten größtenteils emigrieren, mehrere Familienmitglieder wurden in Konzentrationslagern ermordet

## **Stele 4: Silcherdenkmal**

### **Das Silcherdenkmal**

#### **Die Vereinnahmung der Künste im Nationalsozialismus**

**Dieses Denkmal wurde 1941 für den volkstümlichen Komponisten Friedrich Silcher [1789–1860] errichtet. Die Nationalsozialisten machten damit den „Vater“ der Sangesbewegung zu einer Symbolfigur ihres Gedankenguts, was der ideologischen Vorbereitung und Verklärung des Kriegs diente.**

Der Schwäbische Sängerbund beauftragte im Juni 1939 den Stuttgarter Bildhauer Wilhelm Julius Frick mit der Ausführung eines Silcherdenkmals. Sein Entwurf erfüllte genau die Vorgaben des federführenden NS-Kreisleiters Hans Rauschnabel (1895–1960). Die Figuren, die aus dem Rücken des Komponisten ragen, verkörpern seine bekannten Lieder: „Der gute Kamerad“, „Wer will unter die Soldaten“ sowie Liebes- und Abschiedslieder. Deutlich wird dies an den Figuren der Soldaten mit Stahlhelm, dem „Büblein“ mit Gewehr und an dem Abschied nehmenden Paar. Diese idealisierte Welt benutzten die Nationalsozialisten zu ihrer Propaganda und zur Verharmlosung des Kriegs. Der Denkmalplatz mit Mauerhalbkreis und Rednerpodest sollte auch für NS-Feiern und Aufmärsche dienen. Nach der Fertigstellung des Denkmals im Frühjahr 1941 wurde ein günstiger Zeitpunkt für eine kriegsverherrlichende Einweihungsfeier abgewartet. Dazu kam es nicht mehr.

Nach 1945 war das Denkmal umstritten. Mehrfach forderten Bürger seine Entfernung. Auf seinen nationalsozialistischen Hintergrund verweist inzwischen die Jahreszahl 1941, die das Landesdenkmalamt 1977 am Sockel anbringen ließ. Erst seit 1995 informiert eine Tafel über Entstehung und Charakter des Monuments.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Die zweitägige Feier zur Grundsteinlegung des Silcherdenkmals im Juli 1939 zum 150. Todestag des Komponisten diente den Nationalsozialisten dazu, ihre Weltanschauung mit Silchers Werk zu verbreiten. Entscheidend beim Denkmalwettbewerb war, die öffentliche Selbstinszenierung durch eine besondere Platzgestaltung umzusetzen.

#### **Abb. 2**

Philipp Friedrich Silcher (1789–1860), hier um 1822 mit seiner Frau Luise Rosine Enßlin (1804–1871), war von 1817 bis kurz vor seinem Tod der erste Musikdirektor der Universität Tübingen. Bekannt ist er vor allem für seine Liedkompositionen, die oft zu Volksliedern wurden.

#### **Abb. 3**

Das „alte“ Silcherdenkmal, in Form eines Obeliskens mit Portraitmedaillon, stand von 1874 bis 1928 hinter der Neuen Aula. Es wurde bei deren Erweiterung hierher verlegt. Dieses Denkmal entsprach nicht den politischen Zielen der Nationalsozialisten und wurde deshalb 1939 entfernt und ersetzt.

## **Stele 5: Bursagasse 18**

### **Täter des Holocaust**

#### **Theodor Dannecker**

**Theodor Dannecker (1913–1945) war einer der wichtigsten Organisatoren der planmäßigen Ermordung der Juden in Europa. Als „Judenreferent“ von Adolf Eichmann war er maßgeblich an der Deportation der Juden aus Frankreich, Bulgarien, Italien und Ungarn beteiligt.**

Theodor Dannecker wurde 1913 in der Bursagasse 18 geboren, in der seine Eltern ein Herrenbekleidungsgeschäft besaßen. Im Sommer 1932 trat er in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und in deren paramilitärischen Eliteverband SS ein. Schon vorher hatte sich der gelernte Kaufmann an Aktionen gegen Läden jüdischer Inhaber beteiligt. Seit März 1936 arbeitete er als hauptamtlicher „Judenreferent“ bei der SS in Stuttgart. In sein Aufgabengebiet fiel die Überwachung jüdischer Organisationen und die karteimäßige Erfassung aller Juden in Württemberg. 1937 holte ihn der Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann, nach Berlin. Dort wurde er bald zu einem seiner wichtigsten Mitarbeiter. Dannecker organisierte hauptverantwortlich die Deportation von etwa 476.000 Juden aus mehreren Ländern Europas in die Vernichtungslager im Osten.

Auch zahlreiche andere nationalsozialistische Täter haben einen biografischen Bezug zu Tübingen. Zumeist hatten sie sich während ihres Studiums im hiesigen akademisch-völkischen Milieu radikalisiert. Rechtsgerichtete Verbände, nationalistische Studentenverbindungen und der NS-Studentenbund prägten sie politisch. Aus diesen Netzwerken heraus begannen sie eine Karriere in der SS oder der Gestapo, der politischen Polizei der Nationalsozialisten.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Theodor Dannecker (1913–1945), Foto o.D.

#### **Abb. 2 [Karte]**

Zahlen der während der Amtszeit Danneckers deportierten Juden

Frankreich	(September 1940 bis März 1942):	ca. 26.000
Bulgarien	(Januar 1943 bis September 1943):	ca. 12.000
Italien	(September 1943 bis Januar 1944):	ca. 1 260
Ungarn	(März 1944 bis Dezember 1944):	ca. 437.000

#### **Abb. 3**

Walter Stahlecker (1900–1942, Foto o.D.), der Anfang der 1920er Jahre in Tübingen studiert hatte, stand von 1934 bis 1937 der Politischen Polizei in Württemberg vor. Er leitete eine Einsatzgruppe, die im Baltikum bis Ende Januar 1942 über 240.000 Juden, Kommunisten, Partisanen und psychisch Kranke tötete.

## **Stele 6: Münzgasse 13**

### **Sitz der Polizeibehörden**

#### **Polizei und Verfolgung im Nationalsozialismus**

**Das Haus Münzgasse 13 war ab 1936 der Sitz der Tübinger Polizeidirektion. Hier befanden sich auch die Außenstellen der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Diese organisierten maßgeblich die Verfolgung von politischen Gegnern, kirchlicher Opposition, Juden, Sinti, Zwangsarbeitern, Homosexuellen und „Asozialen“.**

Die Polizei und die nationalsozialistischen Parteiverbände SA und SS verhafteten bereits im Frühjahr 1933 in Tübingen 27 politische Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, und verschleppten sie in das Konzentrationslager Heuberg. Nach ihrer Entlassung mussten sie sich regelmäßig in der Polizeidirektion melden. Ab Anfang 1934 war die neugegründete Außenstelle der Württembergischen Politischen Polizei (ab 1936 Gestapo) für die Verfolgung politischer Gegner zuständig.

Die Gestapo plante ab 1941 mit Unterstützung der Schutzpolizei die Deportationen der Juden. Verschiedene Institutionen waren an den Deportationen beteiligt. Die Deportationsbefehle der Gestapo Stuttgart liefen über den Landrat und die Polizeidirektion. Die Gestapo beschlagnahmte den Besitz und versiegelte die Wohnungen, das Finanzamt verwertete das Eigentum der Opfer. Eine erste Deportation von zwei Jüdinnen führte im Dezember 1941 in das KZ-Ghetto Riga, im August 1942 wurden dann alle fünf noch in Tübingen lebenden Juden in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt; niemand von ihnen überlebte. Eine Tübinger Jüdin, Klara Wallensteiner, hatte sich zuvor dem Transport durch Freitod entzogen. Von 22 aus Tübingen oder anderen Orten deportierten Juden überlebten nur zwei die Shoah.

#### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

##### **Abb. 1**

Die Polizeidirektion in der Münzgasse 13, o.D.

##### **Abb. 2 und 3 [zusammen ziehen]**

Die Leiter der Gestapo-Außenstelle Tübingen: Herbert Kappler (1907–1978) von 1934 bis 1938; Wilhelm Stöckle (1892–?) von 1938 bis 1945. Kappler organisierte ab 1943 die Deportation der jüdischen Bevölkerung Roms und am 24. März 1944 die Erschießung von 335 Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen nahe Rom.

##### **Abb. 4**

Befehl zur Deportation der Tübinger Juden. Im ersten Transport nach Riga Anfang Dezember 1941 befanden sich Ilse Bloch-Löwenstein und Sofie Berlitzheimer. Polizeichef Friedrich Bücheler konnte die Streichung der kranken Elfriede Spiro von der Transportliste erreichen.

## **Stele 7: Holzmarkt**

### **Das Modegeschäft der Familien Oppenheim und Schäfer Ein Beispiel für „Arisierung“**

**Im Eckhaus Am Holzmarkt/Neue Straße befand sich in den 1920er Jahren das größte Modehaus Tübingens – Eduard Degginger Nachfolger. Die jüdischen Kaufleute Jakob Oppenheim und Albert Schäfer hatten es 1905 als kleinen Laden erworben. 1939 wurden sie gezwungen, das Geschäft zu verkaufen: ein Beispiel für die nationalsozialistische Politik der „Arisierung“.**

Jakob Oppenheim und Albert Schäfer bauten das Haus, das weiterhin unter dem bisherigen Namen „Eduard Degginger Nachfolger“ firmierte, zu einem modernen Geschäftshaus mit großen Schaufenstern um. Die Tübingerinnen kauften hier die neueste Mode. Das Geschäft florierte.

Am 1. April 1933, beim reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, hinderten SA-Posten die Kunden daran, den Laden zu betreten. „Meine Eltern kamen am Abend weinend nach Hause“, erinnerte sich die Tochter von Albert Schäfer, Liselotte, „aber sie dachten, das geht vorüber.“ Die nationalsozialistische Politik zielte auf die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft. Jüdische Bürger mussten bis Ende 1938 ihre Geschäfte und Firmen an „Arier“, das heißt Nichtjuden, verkaufen – in der Regel weit unter Wert.

Der Käufer des Damen-Konfektions-Geschäftes „Eduard Degginger Nachfolger“ war Karl Haidt, ein NSDAP-Gemeinderat. Das Modehaus Haidt existierte noch bis 2007, das Gebäude befindet sich noch heute im Besitz der Familie. Im Entschädigungsverfahren in den 1950er Jahren war es zu einem Vergleich mit den Töchtern der früheren Eigentümer gekommen. Noch zwei weitere jüdische Familien, die hier Textilgeschäfte betrieben, verloren ihre Existenz und mussten emigrieren. Das Geschäft Herrenbekleidung Leopold Hirsch in der Kronengasse 6 wurde 1938 „arisiert“, das kleinere Textilgeschäft von Gustav Lion in der Neckargasse 4 musste Ende 1933 aufgrund des Kauf-Boykotts schließen.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Das Modehaus „Eduard Degginger Nachfolger“ (Eduard Degginger war der Vorbesitzer) in den 1920er Jahren.

#### **Abb. 2**

Selma und Albert Schäfer mit ihren Töchtern Hertha und Liselotte. Albert Schäfer starb 1941 an den Folgen seiner 1938 erlittenen KZ-Haft, Selma Schäfer wurde 1941 nach Riga deportiert und dort ermordet. Die Töchter Hertha und Liselotte waren schon früher in die USA und ins damalige Palästina geflüchtet.

#### **Abb. 3**

Jakob Oppenheim im Jahr 1940 kurz vor ihrer Flucht in die USA. Jakob und Karoline Oppenheim waren die letzten Juden, die 1940 aus Tübingen fliehen konnten. Sie zogen zu ihren beiden Töchtern, die schon früher in die USA emigriert waren.

**Abb. 4**

Anzeige in der „Tübinger Chronik“, 26. September 1930. [73 Z.]

## **Stele 8: Rathaus**

### **Rathaus**

#### **Zerstörung der kommunalen Demokratie**

**Am 31. März 1933 musste sich der demokratisch gewählte Tübinger Gemeinderat auflösen. Nachdem die Nationalsozialisten bei den bereits unfreien Reichstagswahlen wenige Wochen zuvor einen Wahlsieg erreicht hatten, verschafften sie sich auch in den kommunalen Gremien die Mehrheit der Sitze.**

Mit dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurden reichsweit die Kommunalparlamente aufgelöst. Auch in Tübingen verloren 27 Stadträte und eine Stadträtin ihre Mandate. Zudem gingen Nationalsozialisten gegen anders denkende Kommunalpolitiker vor. So wurde schon vor der Auflösung des Gemeinderats dem einzigen kommunistischen Stadtrat, dem Schneidermeister Hugo Benzinger, die Amtsausübung verboten. Einige Wochen lang entzog sich Benzinger der Verhaftung, indem er untertauchte. Im April 1933 wurde er jedoch in das Konzentrationslager Heuberg verschleppt. Der liberale Stadtrat Simon Hayum kam seiner Enthebung durch ein Rücktrittsgesuch zuvor – er war Jude.

Der Gemeinderat bestand nun mehrheitlich aus NSDAP-Stadträten. Im Mai 1933 beschloss er ein Freibadverbot für „Juden und Fremdrassige“ – das erste im Deutschen Reich. Im Sommer 1933 wurden alle Parteien außer der Staatspartei NSDAP verboten.

Der seit 1927 amtierende Tübinger Oberbürgermeister Adolf Scheef, zuvor liberal eingestellt, unterstützte die Politik der Nationalsozialisten. 1939 folgte ihm der frühere NSDAP-Fraktionsvorsitzende Ernst Weinmann als Oberbürgermeister nach. Der Gemeinderat war nur noch ein Zustimmungsorgan für Beschlüsse von Scheef und Weinmann.

#### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

##### **Abb. 1**

Aufmarsch auf dem Marktplatz am Rathaus mit Hakenkreuzfahne, 9. März 1933. Mit der „Gleichschaltung“, die dem Ermächtigungsgesetz folgte, sicherten sich die Nationalsozialisten die Macht in Staatsorganen, Verbänden und Vereinen.

##### **Abb. 2**

Der Uhrmachermeister Otto Schott aus der Langen Gasse (rechts) wurde 1928 für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) in den Gemeinderat gewählt und 1933 im Zuge der „Gleichschaltung“ vorzeitig zum Rücktritt gezwungen.

##### **Abb. 3**

Adolf Scheef (rechts) war von 1927 bis 1939 Oberbürgermeister, Aufnahme aus dem Jahr 1935. Zweiter von links: Ernst Weinmann wurde sein späterer Nachfolger (bis 1945). Er wurde in Jugoslawien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und 1947 hingerichtet.

## **Stele 9: Schloss**

### **Universitätsinstitute auf dem Schloss**

#### **Wissenschaft und Verbrechen im Nationalsozialismus**

**Auf dem Tübinger Schloss befanden sich mehrere für die NS-Ideologie bedeutende Institute der Universität. Sie unterstützten die Rassen- und Eroberungspolitik des Regimes. Einige Wissenschaftler beteiligten sich direkt an nationalsozialistischen Verbrechen.**

Der Germanist Gustav Bebermeyer (1890–1975) war Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und wurde 1933 zum Leiter des neugegründeten Instituts für Deutsche Volkskunde. Zugleich organisierte er die „Gleichschaltung“ der universitären Gremien. Die Tübinger Volkskundler forschten unter anderem über „deutsche Sprachinseln“ auf dem Balkan und lieferten Argumente für die spätere Eroberung Ost- und Südosteuropas. Eine andere Neugründung war das Rassenkundliche Institut unter der Leitung von Wilhelm Gieseler (1900–1976), Mitglied der NSDAP und der SS. Das Institut fertigte Personengutachten an, die die Betroffenen als „Arier“, „Juden“, „jüdische Mischlinge“, „Zigeuner“ oder „Zigeunermischlinge“ einstufte. Damit waren diese der Entrechtung und Verfolgung ausgesetzt. Der Institutsmitarbeiter Hans Fleischhacker (1912–1992) wählte 1943 im Auftrag der SS im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz jüdische Häftlinge aus, von denen 86 gezielt für eine Skelettsammlung der Reichsuniversität Straßburg ermordet wurden. Auch die bereits vor 1933 gegründeten Institute für Völkerkunde, für Geographie und für Ur- und Frühgeschichte, die ebenfalls ihren Sitz auf dem Schloss hatten, richteten ihre Arbeit zum Teil an deutschen Gebietsansprüchen und der Rassenforschung aus.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Postkartenausschnitt mit dem Nordostturm des Tübinger Schlosses, o.D. In diesem Turm und den angrenzenden Flügeln war das 1934 eingerichtete Rassenkundliche Institut untergebracht. Die handschriftlichen Eintragungen stammen von Wilhelm Gieseler, dem Leiter des Instituts.

#### **Abb. 2**

Sophie Ehrhardt (1902–1990) – auf dem Foto 1951 lehrend – arbeitete von 1942 bis 1968 am Anthropologischen, vormals Rassenkundlichen Institut. Zuvor war sie in Berlin an der Erfassung der Sinti und Roma in Deutschland beteiligt. Teile der Kartei nutzte sie bis in die 1980er Jahre zur „Zigeunerforschung“.

#### **Abb. 3**

Einer von 309 Handabdrücken von Juden aus Litzmannstadt (Łódź), die der Tübinger Rassenforscher Hans Fleischhacker 1942 für seine Habilitation verwendete. Er vertrat die These, dass sich die Zugehörigkeit zur „jüdischen Rasse“ an Handabdrücken nachweisen lasse.

## **Stele 10: Neue Aula**

### **Eberhard Karls Universität Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus**

**Die Neue Aula ist seit ihrer Erbauung im Jahr 1845 das zentrale Gebäude der Universität. In der Zeit des Nationalsozialismus versuchten Tübinger Universitätsangehörige, die Ideologie der neuen Machthaber wissenschaftlich zu untermauern, und wirkten an NS-Verbrechen mit.**

An der Eberhard Karls Universität herrschte vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 eine judenfeindliche Atmosphäre. So schrieb der Biologe Ernst Lehmann 1935 rückblickend: „Jüdische Professoren hat Tübingen, ohne viel Worte zu machen, stets von sich fern zu halten gewusst.“ Während der Weimarer Republik gab es nur einen jüdischen Lehrstuhlinhaber, der Tübingen bereits 1931 verließ.

1933 bekundeten zahlreiche Professoren und Dozenten ihre Treue zur nationalsozialistischen Regierung. Studierende hissten die Hakenkreuzfahne auf der Neuen Aula. In kurzer Zeit traten viele Lehrende und Studierende NS-Parteiorganisationen bei. Angehörige der Universität trieben die „Gleichschaltung“ der Hochschule bereitwillig voran.

Zahlreiche Wissenschaftler der Universität waren bei der Erstellung von Zwangssterilisations- oder Rassengutachten beteiligt. 1934 wurde ein Rassenkundliches Institut gegründet. Die evangelischen Theologen Gerhard Kittel (1888–1948) und Karl Georg Kuhn (1906–1976) entwickelten eine antisemitische „Judenforschung“. Im Zweiten Weltkrieg setzte die Universität vor allem an ihren Kliniken Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein.

Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab es hier so gut wie nicht. Mehr als die Hälfte des Lehrkörpers wurde nach 1945 als politisch belastet entlassen. 85 Prozent von ihnen stellte die Universität jedoch innerhalb eines Jahrzehnts wieder ein.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Hissen der Hakenkreuzfahne auf der Neuen Aula am 9. März 1933 durch Mitglieder des NS-Studentenbunds. Einige von ihnen waren später in hochrangigen Positionen in der Geheimen Staatspolizei und der SS tätig und maßgeblich an Deportationen und Erschießungen von Juden in Ost- und Südosteuropa beteiligt.

#### **Abb. 2**

Im Anatomischen Institut auf dem Österberg (Foto o.D.) wurden die Leichen von über 500 NS-Opfern in Anatomiekursen von Medizinstudierenden seziiert. Anschließend bestattete man sie auf dem Gräberfeld X des Stadtfriedhofs. Einzelne Präparate wurden erst 1989 aus den universitären Sammlungen entfernt.

#### **Abb. 3**

Der Psychiater Heinrich F. Hoffmann (1891–1944), Rektor der Universität von 1937 bis 1939, ließ sich für die Rektoren-Galerie in seiner SA-Uniform porträtieren. Als Direktor der Universitätsnervenklinik von 1936 bis 1944 stellte er zahlreiche Anträge auf Zwangssterilisation.

**Abb. 4**

Martin Sandberger (1911-2010) (Foto o.D.) studierte von 1931 bis 1933 in Tübingen Jura. Er war ab 1933 Hochschulgruppenführer des NS-Studentenbunds. Später machte er Karriere in der SS. Als Leiter des Einsatzkommandos 1a verantwortete er zwischen Juni 1941 und Juli 1942 die Erschießung von 921 Juden in Estland.

**Abb. 5**

NS-Veranstaltung in der Neuen Aula, 1938.

**Abb. 6**

„Gleichschaltungskommissar“ Prof. Dr. Gustav Bebermeyer (1890–1975; Foto o.D.), besaß die Vollmacht, bei der Besetzung von Lehrstühlen Senat und Fakultäten zu übergehen. Vielfach kamen diese seinen Anordnungen jedoch zuvor und beriefen von sich aus aktive Nationalsozialisten.

**Kasten:**

Ausgrenzung der jüdischen Studierenden

**Jüdischen Studierenden wurden nach der nationalsozialistischen Machtübernahme das Studium und die Promotion schrittweise verwehrt. Bereits im Sommersemester 1933 wurden sie aus der „Deutschen Studentenschaft“ ausgeschlossen. Ab 1935 konnten sie kein Staatsexamen mehr ablegen. Im gleichen Jahr verließ Ulrich Sander, der letzte jüdische Student, die Universität.**

**(Doppel-) Stele 11: Nervenlinik**  
**Vorderseite**

**Universitätskliniken**  
**Zwangsterilisationen im Nationalsozialismus**

**In der NS-Zeit wurden Patienten der Universitätskliniken Opfer von Medizinverbrechen. Tübinger Ärzte waren unmittelbar an der Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beteiligt. Sie führten über tausend Zwangssterilisierungen durch, vor allem an psychisch kranken oder angeblich „schwachsinnigen“ Menschen.**

Die Nervenlinik zeigte im Jahr 1934 mehr als ein Drittel ihrer Patienten bei den zuständigen Behörden zur Sterilisation an. Allein 1936 erstellten ihre Mitarbeiter 180 Gutachten für Sterilisationsverfahren. In der Frauen- und der Chirurgischen Klinik wurden zwischen 1934 und 1944 mehr als 1 100 als „erbkrank“ erklärte Männer, Frauen und Jugendliche unfruchtbar gemacht. Mindestens vier Frauen starben an den Folgen des Eingriffs. Die Tübingerin Anna W. beschrieb, wie sie zur Operation in der Frauenklinik gezwungen wurde: „Dieser Eingriff erfolgte seinerzeit gegen den ausdrücklichen Willen meines Mannes und mir. [...] Wenige Tage vor dem Eingriff bekam ich eine Vorladung vom Gesundheitsamt Tübingen, in welcher ich aufgefordert wurde, mich in der Frauenklinik einzufinden, widrigenfalls ich mit polizeilicher Vorführung zu rechnen habe.“

Im letzten Kriegsjahr nahmen Tübinger Universitätsmediziner auf Anordnung des Reichskriminalpolizeiamts aus „rassischen“ Gründen Zwangssterilisierungen an Sinti vor.

**Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

**Abb. 1**

Der Gynäkologe August Mayer (1876–1968), Direktor der Frauenklinik von 1917 bis 1949, in einer Lehrveranstaltung (Foto o.D.). Unter seiner Leitung wurden an der Frauenklinik mindestens 655 Frauen zwangssterilisiert.

**Abb. 2**

Robert Gaupp (1870–1953), Direktor der Nervenlinik, forderte in dieser Schrift bereits 1925 die Sterilisation von „Schwachsinnigen“, „Psychopathen“, Epileptikern,“ und rückfälligen Verbrechen.

**Abb. 3**

Robert Ritter (1901–1951) befragt eine Sintizza (Foto o.D.). Ritter war bis 1935 Oberarzt an der Nervenlinik. Er leitete ab 1936 eine Forschungsstelle in Berlin, die knapp 24.000 Menschen als „Zigeuner“ oder „Zigeuner-Mischlinge“ klassifizierte. Diese Daten dienten ab 1943 der Auswahl zu Deportationen.

## **(Doppel-) Stele 11: Nervenlinik** **Rückseite**

### **Universitätskliniken** **Zwangsarbeit in Stadt und Universität**

**In Tübingen mussten während des Zweiten Weltkriegs mindestens 1 700 ausländische Zivilisten und Kriegsgefangene in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst Zwangsarbeit leisten. Sie waren zumeist aus besetzten Ländern verschleppt worden. Die nationalsozialistische Kriegswirtschaft beruhte maßgeblich auf Zwangsarbeit.**

Allein die Universität beschäftigte mindestens 152 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus zwölf Ländern, davon 143 an den Universitätskliniken – unter anderem hier an der Nervenlinik. Die Zwangsarbeiter in Tübingen waren in neun Lagern für Kriegsgefangene und 27 Lagern für zivile Zwangsarbeiter im gesamten Stadtgebiet untergebracht.

Die ausländischen Zivilisten wurden einer „rassischen“ Abstufung entsprechend unterschiedlich behandelt. Am schlechtesten war die Arbeitssituation, Versorgung und Unterbringung von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern. Oftmals waren sie nur in Holzbaracken oder Ställen einquartiert, wie etwa im Hof der Gaststätte Marquardtei in der Herrenberger Straße. Sie kamen aufgrund von Hunger, Krankheiten und Hinrichtungen am häufigsten zu Tode.

Die Situation variierte jedoch auch je nach Arbeitgeber: Bei der Reichsbahn und in Industriebetrieben waren die Unterkünfte und die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten meist schlechter als in der Landwirtschaft, an der Universität oder in Privathaushalten. Flucht oder abweichendes Verhalten bestrafte die Geheime Staatspolizei (Gestapo) mit abschreckenden Maßnahmen. So inhaftierte sie die polnische Zwangsarbeiterin Eugenia Szalaty nach einem Fluchtversuch für acht Wochen im „Arbeitserziehungslager“ Rudersberg bei Welzheim. Auf sexuelle Beziehungen von Polen oder „Ostarbeitern“ mit deutschen Frauen stand die Todesstrafe wegen „Rassenschande“.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Zwangsarbeiterin mit „Polenabzeichen“ (Foto o.D.). Polnische und sowjetische Zwangsarbeiter mussten auf ihrer Kleidung ein sichtbares Abzeichen („P“ bzw. „OST“) tragen. Dadurch wurde ihr Ausschluss beispielsweise von Kinos, Gaststätten oder öffentlichem Nahverkehr überwacht.

#### **Abb. 2**

Karte der Standorte von Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlagern im Tübinger Stadtgebiet zwischen 1939 und 1945.

#### **Abb. 3**

Eugenia Szalaty beim Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter in Tübingen auf Einladung der Stadtverwaltung, 1991. Sie wurde 1940 in Rzeszow (Polen) verhaftet und nach Tübingen

verschleppt, wo sie in der Küche der Chirurgischen Klinik arbeiten musste.

## **Stele 12: Güterbahnhof**

### **Der ehemalige Güterbahnhof Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen**

**Der Tübinger Güterbahnhof wurde 1913 in Betrieb genommen. Im Zweiten Weltkrieg war er der wichtigste Umschlagplatz für Truppen und Kriegsgüter in der Region. Das Be- und Entladen der Waggons mussten ab September 1942 etwa 30 sowjetische Kriegsgefangene verrichten.**

Bei der Arbeit wurden sie von einem Bewachungsstand aus kontrolliert. Er ist eines der wenigen noch sichtbaren Zeugnissen, das an die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen in Tübingen erinnert.

Die insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Machtbereich hatten unter einer dreifachen Diskriminierung zu leiden: als militärische Gegner; als „bolschewistisch verseucht“; als „slawische Untermenschen“. Aufgrund ihrer entsprechenden Behandlung kamen 3,3 Millionen von ihnen „in deutschem Gewahrsam“ um.

In Tübingen mussten die sowjetischen Kriegsgefangenen durchschnittlich 60 Stunden in der Woche arbeiten. Die Fleischrationen sollten ihnen laut dem Tübinger Ernährungsamt „möglichst als Pferde- und Freibankfleisch“ ausgegeben werden.

*„Da ist ein Zug gekommen mit gefangenen Russen, und das war so schrecklich, das werd' ich mein Leben lang nicht vergessen. Die haben kaum laufen können und waren schon zu Skeletten abgemagert“* (Erinnerung einer Tübingerin).

Seiner militärischen Bedeutung wegen war der Güterbahnhof Ziel alliierter Bombenangriffe, der schwerste erfolgte am 17. April 1945. Die sowjetischen Kriegsgefangenen durften die Schutzbunker nicht aufsuchen. Deshalb starb der 25-jährige Michail Kusmin, der aus Smolensk stammte. Zwei Tage nach dem Bombenangriff wurde Tübingen durch französische Truppen befreit.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Der Tübinger Güterbahnhof, Oktober 1914

#### **Abb. 2**

Der Bewachungsstand im Güterbahnhof (Foto o.D.): „Angesichts der Heimtücke und politischen Einstellung ist eine besondere Sorgfalt und Strenge nötig. Beim geringsten Versuch tätlichen Widerstandes ist von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.“

(Anweisung für das Bewachungskommando).

#### **Abb. 3**

US-amerikanische Luftaufnahme, 18. April 1945: Deutlich sieht man die 160 Bombenkrater im Gleisbereich. Das Bahnhofsgebäude (Bildmitte) blieb unbeschädigt.

## **Stele 13: Thiepval-Kaserne**

### **Schellingstraße 2**

#### **Die Wehrmacht in Tübingen**

**Das Gebäude Schellingstraße 2 war das Mannschaftsgebäude der Thiepval-Kaserne. In Tübingen gab es in der Zeit des Nationalsozialismus drei Wehrmachtskasernen (Thiepval-, Loretto- und Hindenburg-Kaserne) sowie zahlreiche Lazarette. Das Militär war ein selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens in Tübingen.**

Mehrere tausend Wehrpflichtige und Freiwillige wurden in den hiesigen Kasernen zu Soldaten ausgebildet. Im Zuge der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen stieg die Militärpräsenz zwischen 1933 und 1935 von einem Bataillon (ca. 800 Mann) auf drei an. In den Folgejahren gab es in Tübingen mehr Soldaten als Studierende.

Das Militär trat regelmäßig im öffentlichen Leben Tübingens auf. Am "Tag der Wehrmacht" (18. März) und am „Führergeburtstag“ (20. April) sowie am "Tag der Arbeit" (1. Mai) marschierten lokale Armeeeinheiten feierlich durch die Stadt. Auch Rekrutenvereidigungen wurden öffentlich abgehalten.

Tübinger Wehrmachtseinheiten beteiligten sich an den Angriffskriegen gegen andere europäische Länder, so 1940 auf Luxemburg, Belgien, Frankreich und 1941 auf die Sowjetunion. Die Wehrmacht errichtete bis Ende des Kriegs im Stadtgebiet insgesamt 31 Lazarette zur Behandlung von verwundeten Wehrmachtssoldaten.

Als sich die bevorstehende militärische Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands abzeichnete, entfernten sich immer mehr deutsche Soldaten unerlaubt von der Truppe. In den letzten Kriegsmonaten exekutierte die Wehrmacht mehrere solcher Deserteure im Wald hinter der Hindenburg-Kaserne. Am 19. April 1945 marschierten französische Truppen in Tübingen ein und übernahmen die Kasernen.

#### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

##### **Abb. 1**

Soldaten vor dem Mannschaftsgebäude der späteren Thiepval-Kaserne, 1935.

##### **Abb. 2**

Ankunft von Tübinger Wehrmachtseinheiten nach der Rückkehr aus dem besiegten Frankreich, September 1940.

##### **Abb. 3**

Standorte der wichtigsten militärischen Gebäude in Tübingen:

Infanterie-Kaserne: 1873 bis 1875 erbaut, 1916 bis 1938 Alte Kaserne, ab 1938 Thiepval-Kaserne.

Neue Kaserne: 1914 bis 1916 erbaut, 1938 in Loretto-Kaserne umbenannt

Burgholz-Kaserne: 1935 erbaut, 1938 in Hindenburg-Kaserne umbenannt

Standortlazarett „Auf dem Sand“: 1937 bis 1940 erbaut

*[historischer Stadtplan mit Einfügung von Fotos, Namen und Baujahren]*

**Abb. 4***[Zeitstrahl Kasernennutzung]*

Die Tübinger Kasernen und ihre militärische Nutzung

1873-1875	Bau der Infanterie-Kaserne am Bahnhof („Alte Kaserne“)
1914-1916	Bau der Kaserne an der Katharinenstraße („Neue Kaserne“)
1919-1934	Nutzung der „Alten Kaserne“ als Wohngebäude und durch die paramilitärische Polizeiwehr; militärische Nutzung der „Neuen Kaserne“ durch die Reichswehr
1934/35	Kündigung der zivilen Bewohner der „Alten Kaserne“ und erneute Nutzung durch die Reichswehr
1935	Fertigstellung der Burgholz-Kaserne
1937-1940	Bau des Standortlazarets „Auf dem Sand“
1938	Umbenennung der drei Tübinger Kasernen in Thiepval-Kaserne (davor „Alte Kaserne“), Loretto-Kaserne (davor „Neue Kaserne“) und Hindenburg-Kaserne (davor Burgholz-Kaserne)
1941-1945	Marineärztliche Akademie in Tübingen: Eine Kompanie ist in der Thiepval-Kaserne untergebracht.
1944	Die Thiepvalkaserne wird Reservelazarett.
1945-1947	Unterbringung von ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, sogenannten displaced persons, in der Thiepval-Kaserne
1947-1977	Die französische Armee nutzt die Thiepval-Kaserne, wie schon seit 1945 die Loretto- und die Hindenburg-Kaserne.
1991	Das französische Militär verlässt Tübingen.

**Abb. 5**

1938 wurde die Gedenktafel in der Thiepvalstraße (heute Hegelstraße) eingeweiht und die Kaserne nach dem französischen Dorf Thiepval benannt. Dort hatten 1916 württembergische Soldaten in einer verlustreichen und verlorenen Schlacht gekämpft, weshalb später „Thiepval“ als Sinnbild für „Heldentod“ galt.

**Abb. 6**

Angehörige der Marineärztlichen Akademie und Studentinnen vor der Neuen Aula, 1941/42. Ab 1941 wurden in Tübingen angehende Marineärzte ausgebildet. Sie waren im Evangelischen Stift, dem Wilhelmsstift und der Thiepvalkaserne einquartiert und studierten an der Medizinischen Fakultät.

## **Stele 14: Jugendherberge**

### **Die Jugendherberge Sitz der Hitlerjugend**

**Das Gebäude der heutigen Jugendherberge wurde 1934 als „Haus der Jugend“ und Hauptsitz der Tübinger Hitlerjugend (HJ) gebaut. In der schon 1923 gegründeten HJ sollten Kinder und Jugendliche im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erzogen werden.**

In Tübingen wurde als erste Einheit der Hitlerjugend bereits 1931 eine Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Mädel“ mit sieben Mädchen gegründet. Die Zahl der HJ-Mitglieder wuchs schnell. 1934 waren 50 Prozent und 1939 mit der eingeführten „Jugenddienstpflicht“ fast alle Tübinger Mädchen und Jungen ab zehn Jahren dabei. 1933 hatte die HJ reichsweit bereits 2,3 Millionen Mitglieder, um 1939 waren es 8,7 Millionen.

Die Kreisleitung der NSDAP und die HJ forderten bald ein eigenes Haus für die Jugend. Die Stadt stellte dafür bereitwillig das Gelände am Neckar und 40.000 RM (heute ca. 500.000 Euro) zur Verfügung. Im Oktober 1935 konnte das „Haus der Jugend“ eingeweiht werden. Es wurde auf Grund der attraktiven Lage am Neckar als Jugendherberge und als HJ-Heim genutzt. Bei „Heimabenden“ wurden den Jugendlichen die Inhalte der nationalsozialistischen Weltanschauung vermittelt.

Besonders die Zeltlager waren bei den Jugendlichen sehr beliebt. Sie dienten vor allem der Einübung der „Volksgemeinschaft“. Auch das gemeinsame Singen von Liedern stimmte auf die NS-Ideologie ein: „In die Zukunft ziehen wir Mann für Mann. Wir marschieren für Hitler.“ Die Jungen wurden auf den Kriegsdienst, die Mädchen auf ihre Mutterrolle vorbereitet.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Die Jugendherberge in den 1930er Jahren. Sie war gleichzeitig ein „Haus der Jugend“ für die HJ und aufgrund ihrer Lage am Neckar auch für Touristen attraktiv.

#### **Abb. 2**

Uniform, Marschieren, „Hitler-Gruß“:

Die Jugendlichen zeigen ihre Zugehörigkeit zur „deutschen Volksgemeinschaft“.

#### **Abb. 3**

Jüdische Kinder und Jugendliche, wie Hans Bernheim (2. Reihe rechts mit seiner Schulklasse der Kepler- Oberrealschule 1937), konnten nicht Mitglied der Hitler-Jugend sein und waren so, ohne Uniform, leicht als anders und nicht dazugehörig zu erkennen.

## Stele 15: Wilhelmstraße 24

### **NSDAP-Kreisleitung Machtzentrale in Tübingen**

**In der Wilhelmstraße 24 befand sich von 1936 bis 1945 die Kreisleitung der NSDAP mit dem Organisations-, Kassen- und Personalamt. Der Kreisleiter und seine Mitarbeiter hatten nach dem Führerprinzip die Weisungen Hitlers und der Gauleitung Württemberg-Hohenzollern in Stadt und Kreis durchzusetzen. Zu ihren Aufgaben gehörte nicht nur die Inszenierung der „Volksgemeinschaft“, sondern auch die Verfolgung der politischen Gegner und der als „artfremd“ ausgrenzten Gruppen.**

Bei der Reichstagswahl im März 1933 stimmten 62 Prozent der Tübinger für die NSDAP und ihre deutschnationalen Koalitionspartner. Unmittelbar nach der Machtübernahme begann auf Befehl der Gau- und Kreisleitung die Verhaftung der politischen Gegner und die Verfolgung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Rasch war die „Gleichschaltung“ von Rathaus und Gemeinderat, von Universität, von Presse, von Kirchen, Schulen und Vereinen vollzogen. Viele passten sich bereitwillig an.

Der Kreisleitung unterstanden die Ortsgruppen mit 2.000 Mitgliedern in Tübingen (1940) und die Parteiverbände, wie u.a. die SA, der Lehrer- und Frauenbund, die Deutsche Arbeitsfront. Die Partei setzte die Ziele des Nationalsozialismus rücksichtslos durch. „Blockwarte“ in den Wohnbezirken sorgten für die nationalsozialistische Durchdringung des Alltags: „Nichts ist zu gering, daß es die Blockleiter nichts angehe“, hieß es im Tübinger Parteiblatt.

Die Kreisleitung inszenierte die „Volksgemeinschaft“, z.B. in zahlreichen Feiern wie dem 1. Mai, den Erntedank-Umzügen und Heldengedenktagen. Marschkolonnen und Hakenkreuz-Fahnen prägten das Stadtbild. Viele Menschen machten begeistert mit. Zugleich wurden alles „Artfremde“ und Andersdenkende ausgegrenzt und verfolgt.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

NSDAP-Kreisleitung in der Wilhelmstraße 24.

#### **Abb. 2**

SA-Aufmarsch in der Wilhelmstraße und am Lustnauer Tor. Zahlreiche Tübinger begrüßten und unterstützten die nationalsozialistische Diktatur, ca. 1933.

#### **Abb. 3 und 4**

##### **Die NSDAP-Kreisleiter Baumert und Rauschnabel**

Der junge Buchhändler Helmut Baumert (1909–1980) machte rasch Parteikarriere: 1932 wurde er NSDAP-Kreisleiter, der rücksichtslos auftrat, und 1937 NSDAP-Geschäftsführer für Württemberg-Hohenzollern. Sein Nachfolger als Kreisleiter, der Lehrer Hans Rauschnabel (1895–1960), betätigte sich als radikaler Parteiredner. Er befahl die Synagogen-Brandstiftung im November 1938.

**Abb. 5**

Mit solchen Informationstafeln in den Treppenhäusern griff man in den Alltag der „Volksgenossen“ ein. „Blockwarte“ wachten über die Stimmung und die Lebensführung ihrer Nachbarn.

## **Stele 16: Kino Löwen, Kornhausstraße**

### **Versammlungssaal im „Löwen“ Treffpunkt der Tübinger Arbeiterbewegung**

**In der Tübinger Unterstadt wohnten überwiegend Arbeiter, Handwerker und Weinbauern. In der Zeit der Weimarer Republik waren sie vielfach gewerkschaftlich organisiert und wählten überwiegend die linken Parteien SPD und KPD. Im großen Saal des „Löwen“ fanden bis in den Februar 1933 hinein antifaschistische Versammlungen statt.**

Anders als in den stärker industriell geprägten Städten Reutlingen und Stuttgart machte die Arbeiterschaft in Tübingen einen deutlich geringeren Anteil an der lokalen Bevölkerung aus. Dennoch existierte auch in Tübingen bis 1933 eine vielgliedrige Arbeiterbewegung: die SPD und die KPD, die Freien Gewerkschaften, der Arbeiterturnerbund, Arbeitergesangsvereine, der Wanderverein „Naturfreunde“. Als das „akademischen Tübingen“ bereits mehrheitlich NSDAP und deutschnational wählte, gab die Unterstadt noch den Linken den Vorzug: Bei den letzten freien Wahlen im November 1932 erhielten hier KPD und SPD mehr Stimmen als die NSDAP und die Deutschnationale Volkspartei. In Tübingen insgesamt kamen die linken Parteien jedoch nicht über ein Fünftel der Wählerstimmen hinaus.

Nach dem „Ermächtigungsgesetz“ für Hitler im März 1933 wurden nach und nach alle Organisationen der Arbeiterbewegung verfolgt und verboten. 27 Tübinger Kommunisten und Sozialdemokraten, dazu 15 aus Lustnau und 10 aus Hagelloch kamen zeitweise ins Konzentrationslager. Nur wenige von ihnen wagten danach noch die offene Opposition. Andere änderten ihre politische Meinung und fügten sich in die „Volksgemeinschaft“ ein. Weitere blieben bei ihrer Einstellung, äußerten sie aber nicht öffentlich und trafen sich zu unverfänglichen Wanderungen oder in einem Weingärtnerhäuschen vor der Stadt.

Zumindest bis 1937 ist auch die Tätigkeit von kleinen Widerstandsgruppen belegt. Eine davon kam in einem Keller in der Hohentwielgasse zusammen: Sie sammelte Geld für Verfolgte, verteilte illegale Schriften und besorgte falsche Pässe für NS-Gegner. Gleich nach Kriegsende, im Mai 1945, rekrutierte sich aus solchen Kreisen die „Demokratische Vereinigung“, die den politischen Neuanfang in Tübingen vorbereitete.

### **Abbildungen/Bildunterschriften/Kästen**

#### **Abb. 1**

Im Frühjahr 1933 unternahmen Tübinger Gewerkschafter einen Ausflug zum Grab des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Heidelberg. Sie wollten damit zeigen, dass sie weiterhin zur Republik und zur Sozialdemokratie standen.

#### **Abb. 2**

Heinrich Kost (1899-1979) war bis zum Mai 1933 Vorsitzender der Tübinger Gewerkschaften. Deren Protokollbücher rettete er über die Zeit des Nationalsozialismus – sie sind heute eine wertvolle Geschichtsquelle. Kost arbeitete als Drucker bei der „Tübinger Chronik“. Als dort im Herbst 1933 ein nationalsozialistischer Betriebsratschef eingesetzt wurde, schrieb er einen Protestbrief.

**Abb. 3**

Im großen Saal des „Löwen“ feierten Arbeitervereine bis in den Februar 1933 ihre Feste und veranstalteten die linken Parteien politische Kundgebungen. Hier sprach auch der kommunistische Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf über die Abtreibungsfrage, hier warnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritz Ulrich vor dem Faschismus.

Abbildung: Werbepostkarte des „Löwen“ mit Bild vom Saal.